

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badener Tagblatt. 1896-1948 1947

31 (19.4.1947)

Frankreich entläßt Kriegsgefangene

PARIS — M. Maillet, der Generaldirektor der Abteilung für Arbeit und Arbeitskräfte im französischen Arbeitsministerium, gab auf einer Pressekonferenz bekannt, daß von den 630 000 deutschen Kriegsgefangenen, die sich im Januar 1947 in Frankreich befanden, noch in diesem Jahr 370 000 und der Rest in der ersten Hälfte des Jahres 1948 entlassen werden. Um die durch diese Entlassungen entstehenden Lücken wieder aufzufüllen, muß Frankreich im Laufe des Jahres 1947 rund 175 000 Arbeiter und in der ersten Hälfte des Jahres 1948 rund 135 000 Arbeitskräfte neu einstellen. Frankreich wird in diesem Zusammenhang auf folgende Arbeitsquellen zurückgreifen: 1. Einwanderung italienischer Arbeiter (bereits begonnen), 2. Anwerbungen verschleppter Personen, 3. Werbekampagne, um die deutschen Kriegsgefangenen zu veranlassen, als freie Arbeiter in Frankreich zu bleiben, und 4. Anwerbungen deutscher Arbeiter aus Deutschland selbst.

Neuer Präsident am Hohen Gericht

RASTATT — In Rastatt fand in Gegenwart des französischen Oberbefehlshabers General Koenig und des Administrateurs General Laffon die Einsetzung des neuen Präsidenten des Tribunal Général, Lemaix, statt. Generalstaatsanwalt Granier erwähnte bei dieser Gelegenheit, daß seit dem einjährigen Bestehen des Hohen Gerichts 281 Personen abgeurteilt worden sind, von denen 42 zum Tode verurteilt wurden.

Helgoland gesprengt

LONDON — Die Insel Helgoland wurde am Freitag um dreizehn Uhr deutscher Sommerzeit durch britische Marine-Einheiten gesprengt. 6700 Tonnen hochexplosiver Sprengstoffe vernichteten die U-Bootbunker, die unterirdischen Gänge und die Küstenbatterie. Sechs Minuten nach der Sprengung meldete der Beobachter der britischen Rundfunkgesellschaft eine 2500 Meter hohe, 1500 Meter breite und 1500 Meter lange Rauchsäule. Zehn Minuten nach der Explosion wurde in einem über den Rundfunk gegebenen amtlichen Kommuniqué bestätigt, daß die Operationen planmäßig abgeschlossen seien. Die Sprengung der befestigten Anlagen Helgolands ist ohne Wirkung auf das Festland verlaufen, besagen Berichte aus der näheren und weiteren Umgebung Cuxhavens.

de Gaulle's Programm

PARIS — General de Gaulle wird als Leiter der neuen nationalen Einheitsbewegung „Sammlung des französischen Volkes“ von dem früheren Informationsminister Soustelle und dem Schriftsteller André Malraux unterstützt werden. Das Programm des Generals enthält folgende Punkte: Stärkung der parlamentarischen Regierung durch eine Reform der Verfassung, wobei der Exekutive eine größere Unabhängigkeit gegenüber dem Parlament gegeben werden soll, aktive fortschrittliche Politik in der französischen Union, ohne der Metropole aber die nationale Verteidigung aus der Hand zu nehmen, engere Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten in außenpolitischen Fragen, Zusammenarbeit zwischen Kapital und Arbeit im Inland. Die Gaullisten glauben, zwei Drittel der Wählerliste gewinnen zu können, nämlich die 8 Millionen, die gegen die augenblickliche Verfassung stimmen sowie die anderen 8 Millionen, die sich der Stimme enthalten.

Bombe im britischen Kolonialministerium

JERUSALEM — Der im Januar zum Tode verurteilte jüdische Terrorist Gruner wurde am Mittwoch in Jerusalem im Acre-Gefängnis durch den Strang hingerichtet. Gleichzeitig wird aus London gemeldet: In einem Amtsbüro des britischen Kolonialministeriums wurde eine selbstangefertigte Bombe mit Zünder gefunden. Hierzu gab das Kolonialministerium bekannt, daß es die Bombenlegung als nicht im Zusammenhang mit der Hinrichtung des jüdischen Terroristen Gruner betrachte, sie aber als Teil der jüdischen Terroristätigkeit in Großbritannien ansehe.

Brasilien's Wunsch nach Einwanderung

RIO DE JANEIRO — Der brasilianische Präsident Dutra sandte an den Kongreß eine Botschaft, worin er diesen um die Gewährung eines Kredits in Höhe von 40 Millionen Cruzeiros zur Intensivierung einer europäischen Einwanderung nach Brasilien ersucht.

Verfassungsentwurf in erster Lesung angenommen

Mit 35 Stimmen der BCSV gegen 22 Stimmen der gesamten Opposition

FREIBURG — Nach viertägiger Behandlung hat die Beratende Landesversammlung die erste Lesung des Verfassungsentwurfes beendet. In der namentlichen Abstimmung wurde der Entwurf mit 35 Stimmen der BCSV gegen 22 Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten angenommen.

Vor der Abstimmung hatten die Vertreter der sozialdemokratischen, demokratischen und kommunistischen Fraktion Erklärungen abgegeben, in denen ihre ablehnende Haltung gegenüber dem Verfassungsentwurf begründet wurde. Der Fraktionsvorsitzende der BCSV brachte in einer kurzen Erklärung zum Ausdruck, daß die Annahme des Entwurfes durch die BCSV das Recht der Fraktion auf Abänderungsanträge in der 2. Lesung nicht ausschließe.

Christliche Gemeinschaftsschulen

Der Regierungsentwurf sah die Fassung vor: „Die öffentlichen Schulen sind Simultanschulen im überlieferten badischen Sinn“. Im Rechtspflegerausschuß wurde dieser Passus auf Antrag und mit Mehrheitsbeschluß der BCSV in folgende Form gebracht: „Die öffentlichen Schulen sind christliche Gemeinschaftsschulen (Simultanschulen) im überlieferten badischen Sinn“. Diese Fassung wurde von Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten abgelehnt. In allen Reden während der Diskussion kam von den Rednern dieser Fraktionen zum Ausdruck, daß an der seit Jahrzehnten bewährten badischen Simultanschule festgehalten werden solle. In der neuen Fassung sieht man bei diesen Parteien die Gefahr, daß später einmal diese christlichen Gemeinschaftsschulen in Konfessionsschulen umgewandelt werden könnten. Demgegenüber erklärten die Vertreter der BCSV, die Fassung „christliche Gemeinschaftsschule“ solle dardart, daß die Simultanschule wieder von christlichem Geiste erfüllt sei, der zwölf Jahre lang von ihr verbannt gewesen sei. Dieser christliche Geist solle die Erziehung unserer Jugend durchdringen. Eine andere Bedeutung habe diese von der BCSV beantragte Änderung nicht. In der Abstimmung wurde der Antrag, die Fassung des Regierungsentwurfes wieder herzustellen, mit 31 gegen 22 Stimmen abgelehnt.

Wieder Militärdienstleistung

Große Überraschung löste der Antrag der BCSV aus, den Artikel 69a wieder zu streichen, der vorschau, daß kein badischer Staatsbürger zur Leistung militärischer Dienste gezwungen werden dürfe. Dr. Hoffmann (BCSV) begründete den Antrag formal und verwies auf die Artikel 6 und 84 der Verfassung, die sinngemäß dem Artikel 69a gleichkämen. Die übrigen Parteien waren gegen die Streichung des Artikels und selbst in den Reihen der BCSV war die Stellung uneinheitlich. Mit 27 zu 25 Stimmen gab es daher eine sehr knappe Mehrheit für die Streichung, da einige Abgeordnete der BCSV sich für die Beibehaltung des Artikels ausgesprochen hatten.

Notstandsartikel für Erzeugung und Bewirtschaftung

In der Aussprache über die Wirtschaftsartikel traten dann die gegenteiligen Auffassungen der sozialistischen Parteien einerseits und der BCSV und der Demokratischen Partei andererseits in den Vordergrund. Planwirtschaft, gelenkte Wirtschaft oder freie Wirtschaft, um diese Fragen drehte sich die Diskussion. Schließlich wurde aber doch gegen die sozialdemokratischen und kommunistischen Stimmen der Art. 97 angenommen, der vorübergehend für eine Zeit der Not in befristeter Weise durch Gesetz Erzeugungs- und Bewirtschaftungsmaßnahmen anordnet.

Nutzung und Verteilung des Bodens

Der Landwirtschaft ist in dem neuen Verfassungsentwurf zwar nur ein einziger Artikel gewidmet (98b), aber er beinhaltet, wie der Abg. Schill (BCSV) treffend bemerkte, ein ganzes Pro-

gramm. Er nahm die Landwirtschaft in Schutz gegen die Angriffe, die von außen her gegen sie gerichtet werden und wies vor allem darauf hin, daß man von der Landwirtschaft keine ungerichteten Leistungen verlangen dürfe. Man dürfe von Bauern nicht nur immer verlangen, sondern müsse ihm auch geben. Der Mangel an Arbeitskräfte wirke sich zu einer sozialen Frage aus. Die Bodenreform müsse nach der Meinung des Redners unbedingt kommen; der Eigentumsbegriff sei zwar hoch und heilig, aber Eigentum sei nicht sittlich begründet in jeder Größe und Form in einer Zeit, wo Millionen von Menschen alles verloren haben. Staatssekretär Hilbert sprach sich ebenfalls für die Bodenreform aus, die übrigens im Verlauf der Debatte als Agrarreform umgenannt wurde und unter dieser Bezeichnung auch in den Verfassungsentwurf aufgenommen wurde. Er warnte aber davor, aus diesem Problem eine politische Agitationsfrage zu machen oder überstürzt durchzuzupacken. Zu Beginn der Debatte über die Landwirtschaft hatte der demokratische Abg. Viehauer, dem dieses Ressort als Ökonomie-ressort besonders am Herzen liegt, eingehend über die Verhältnisse auf dem Land und die Arbeit des Bauern und der Bäuerin gesprochen. Er plädierte vor allem für bessere Schulverhältnisse auf dem Lande, für Volks-, Berufs- und Fachschulen, wobei er das mitunter festgestellte Bestreben der Berufsschulen, auch Fachwissen zu vermitteln, auf das Entschiedenste ablehnte, da in den Berufsschulen hierfür nicht die geeigneten Lehrkräfte vorhanden seien.

Ehe, Familie, uneheliche Mutter

Der Schutz und die Staatsförderung der Ehe und Familie sind in der Verfassung besonders festgelegt. Die Abg. Seifried (KP) verwies darauf, daß der Neuaufbau des Staatswesens nicht ohne die Frau zu vollziehen sei, ebenso die Sicherung eines stabilen Friedens und die Schaffung einer wahrhaften Demokratie. Ferner trat die Rednerin dafür ein, daß auch die uneheliche Mutter die volle Verantwortung für ihr Kind übertragen bekomme. Die Abg. Dr. Schlayer (SPD) berührte ebenfalls das, wie sie sagte, brennende Problem der unehelichen Mutter. Sie vertrat, im Gegensatz zu ihrer Vorrednerin, den Standpunkt, daß die uneheliche Mutter nicht immer sozial gefestigt und verantwortungsvoll genug sei, daß man sie mit der vollen elterlichen Gewalt betrauen könne. Seien aber alle Voraussetzungen gegeben, dann sollten auch

(Fortsetzung Seite 2)

BADENER TAGBLATT



Erscheint mittwochs und samstags — Bezugspreis: Monatlich 1,20 RM, durch die Post 1,44 RM, durch Streifband 2 RM
Geschäftsstelle Bülh/Bd.: Hauptstraße 80, Telefon 752

Anschrift: Baden-Baden, Stefanienstraße 3 — Fernruf Verlag 15 56, Schriftleitung 21 20. Postscheck Karlstraße 14 15
Geschäftsstelle Achern/Bd.: Hauptstraße 112

Nr. 31 / 3. JAHRGANG St BADEN-BADEN, SAMSTAG, DEN 19. APRIL 1947

PREIS 15 PFENNIG

Marshall bei Stalin

Molotow wünscht Unterzeichnung des Staatsvertrages mit Oesterreich

MOSKAU — Generalissimus Stalin hat General Marshall empfangen. Die Unterredung Marshalls mit Stalin dauerte neunzig Minuten. Nach der Unterredung gab Marshall nichts über den Inhalt der Besprechung bekannt. Wie jedoch verlautet, erwartet Marshall von Stalin die Zurücknahme der sowjetischen Einwände gegen den vorgeschlagenen Vierzig-Jahre-Pakt zur Entwaffnung und Entmilitarisierung Deutschlands sowie eine Überprüfung der sowjetischen Reparationsforderungen an Deutschland. An der Unterredung nahmen auf amerikanischer Seite der Botschafter der Vereinigten Staaten in Moskau und ein Dolmetscher des amerikanischen Außenministeriums teil. Marshall ließ nichts über die bei der Besprechung anwesend gewesenen Sowjets verlauten. Molotow war bei der Unterhaltung zugegen.

Die vier Außenminister in Moskau haben sich mit der Erklärung Molotows zu dem Bericht der Sachverständigen über die Kohlenproduktion in Europa und deren Verteilung beschäftigt. Die deutsche Kohlen-Produktion, die im Jahre 1938 täglich 216 000 Tonnen betrug, sei auf 144 000 Tonnen für den augenblicklichen Stand gefallen. Diese Zahl entspreche 53 Prozent der Vorkriegsleistung. Es müsse unbedingt eine höhere Förderungsleistung erzielt werden. Von dieser erhöhten Förderung seien 20 bis 25 Prozent für die Ausfuhr abzuzweigen, und zwar die Hälfte davon auf Reparations-

konto. Molotow schlägt hierzu vor: 1. Den alliierten Kontrollrat in Berlin aufzufordern, einen Plan für die Produktion der Kohlen und deren Verteilung unter Berücksichtigung der angeführten Erwägungen auszufertigen. 2. Eine Sonderinstitution für die Ausführung dieses Planes zu schaffen. 3. Eine Sonderkontrolle über das Ruhrgebiet unter der Oberaufsicht des alliierten Kontrollrats einzuführen.

Bevin erwiderte Molotow, es könne keine Kohle auf Reparationskonto abgeführt werden, ohne daß dies auf Kosten des englischen Steuerzahlers gehe. Gleichzeitig betonte er erneut, daß er die Einführung einer Sonderkontrolle über das Ruhrgebiet ablehnen müsse. Marshall betonte, daß jede Lösung nur auf der Grundlage der deutschen Wirtschaftseinheit möglich sei. Unter diesen Umständen konnte eine Entscheidung nicht getroffen werden. Die Außenminister beschäftigten sich dann mit der Fertigstellung des Staatsvertrags mit Oesterreich. Der Staatsvertrag mit Oesterreich wird nur von den „Vier“ unterzeichnet werden. Den anderen Mächten steht jedoch die Möglichkeit offen, ihm später beizutreten. An dieser Stelle der Besprechungen gab der sowjetische Außenminister Molotow eine Erklärung ab, die einen Erfolg der Konferenz wenigstens in dieser Hinsicht verspricht. Molotow ist damit einverstanden, daß der Staatsvertrag mit Oesterreich noch im Verlaufe dieser Sitzung in Moskau fertiggestellt und unterzeichnet wird.

Regierungsumbildung in England

Bevin übernimmt Kontrolle über die britischen Besatzungszonen

LONDON — Die seit längerer Zeit angekündigte Umbildung des englischen Kabinetts wurde jetzt bekanntgegeben. Am hervorstechendsten ist die Tatsache, daß in Zukunft die ministerielle Verantwortlichkeit der britischen Angehörigen der Kontrollkommission in Deutschland und der Alliierten Kommission in Oesterreich bei Außenminister Bevin ruhen und daß das Kontrollbüro für Deutschland und Oesterreich dem britischen Außenministerium eingegliedert wird.

Trotz dieser Tatsache wurde der Posten des Ministers für die britischen Besatzungszonen in Deutschland und Oesterreich, der bisher von Staatsminister John Hynd versehen wurde, mit Lord Pakemham neu besetzt. Es verlautet jedoch, daß die Machtbefugnisse des neuen Verwalters der britischen Zonen in Deutschland und Oesterreich beschränkter sein werden wie die seines Vorgängers. Gleichzeitig ist der britische Staatssekretär für

Indien, Lord Dethnick Lawrence, von seinem Posten zurückgetreten und durch den Earl of Listowel, der bisher die Stellung eines Generalpostmeisters innegehabt hatte, ersetzt worden. Der bisherige Lordsegelebewahrer, Arthur Greenwood, wurde zum Minister ohne Portfeuille ernannt. Lord Inman wurde als Lordsegelebewahrer in das Kabinett aufgenommen. Zum neuen Generalpostmeister wurde Wilfred Paling ernannt.

Eine Erklärung aus dem Büro des Ministerpräsidenten besagt daß der König den Rücktritt von Lord Bethick Lawrence gebilligt und der Ernennung der neuen Minister zugestimmt hat.

Die beiden neuen Minister, Lord Listowel und Lord Inman — der vom Vorsitz der britischen Rundfunkgesellschaft (BBC) zurücktrat — werden Mitglieder des Kabinetts. Die Zahl der Kabinettsmitglieder wird damit um eins erhöht.

Italiens Außenminister mißhandelt

Streiks und Unruhen in Nord- und Mittelitalien

ROM — Als Außenminister Graf Sforza sich in seinem Wagen zum Regierungsgebäude begeben wollte, wurde er von den Teilnehmern einer Kundgebung, die vor der Gefahr stehen, demnächst arbeitslos zu werden, überfallen. Diese schleppten den Minister, nachdem sie ihn zuvor über zugegriffen hatten, mit sich, und zogen mit ihm zum Sitz der verfassunggebenden Versammlung. Ihr Versuch, mit Gewalt in das Gebäude einzudringen, mißlang. Graf Sforza versuchte an die Menge eine Ansprache zu halten. Er wurde jedoch niedergebrißt. Daraufhin zogen die Demonstranten zum Regierungsgebäude, wo sie Graf Sforza freiließen.

Streiks und Kundgebungen gegen die teuren Lebenshaltungskosten folgen einander ohne Unterbrechung. So hat das Personal der Stadt und der ganzen Provinz Bologna die Arbeit niedergelegt, um seinen Forderungen Nachdruck zu verleihen. Wegen Lohnforderungen streiken die Friseur Neapels, während sich in Rom die Angestellten weigerten, ihrer Arbeit nachzugehen. Arbeitslose veranstalteten in Rom Kundgebungen und forderten Einstellung in den städtischen Dienst. Sie wurden auseinandergetrieben. Auch die Justizbeamten Neapels sind, dem Beispiel ihrer Kollegen in Norditalien folgend, in den Streik getreten.

Letzter Bericht von Helgoland

Der Hamburger Korrespondent des „Badener Tagblatt“ auf der Insel

HAMBURG — Helgoland, das einst buntbewimpelte, fröhliche Ferienschiff, gleich einem vom Pesthauch des Todes gezeichneten Geisterwrack. Das stellen wir deutsche Journalisten mit wehem Herzen fest, als man uns Gelegenheit gab, die Sprengungsvorbereitungen in den Befestigungsanlagen zu besichtigen.

Als wir nach fünfeinhalbstündiger Fahrt in den Osthafen einliefen, war das rote Felsenland von Nebel umbrodet. So sahen wir nur Schritt für Schritt die grausige Szenerie: in der weiten Runde des südlichen Hafengeländes zertrümmerte Lagerhäuser und Schuppen, Berge von Schutt, zeretztes Eisen, dazwischen der oft getroffene, doch nur angeschlagene U-Boot-Bunker.

Einer aus der 150 Mann starken deutschen Dienstgruppe, die schon seit sieben Monaten — auch während des eisigen Winters — unter englischer Leitung die Sprengung vorbereitet, führt uns in die Stollen der Südwestecke. Sie wird, nach englischen Erklärungen, restlos der Vernichtung anheim fallen. Denn hier lagert die Masse der 6700 Tonnen schweren Sprengstoffe, in 45 Meter tiefen und mehrfach übereinander laufenden Verbindungstunnels, die sich bis zu einer Länge von 22 km kreuz und quer durch die ganze Insel ziehen. An ihren Wegen liegen Magazine, aufs modernst eingerichtete Lazarette, Werkstätten, Wohnräume, Kraftwerke, Bäckereien, Trinkwasseranlagen — kurz alles was zu einer kleinen Stadt gehört. Diesel-Lokzüge dienen als Verkehrsmittel.

Milliardenwerte sind dort im Laufe von zehn Jahren investiert worden. Millionenwerte, die für den friedlichen Aufbau genutzt werden könnten, fallen der Sprengung nun zum Opfer. So u. a. ein Kraftwerk, das eine Stadt wie Cuxhaven mit Strom versorgen könnte.

Nun grinst uns der Tod aus allen Ecken und Windungen an. Tausende von Wasserbomben deutscher und englischer Herkunft, Torpedos, 38-cm Granaten, Dynamit u. v. m. sind hier bis unter die Decke gestapelt. „Wir haben hier viel englische Munition liegen“, sagt unser Begleiter. Zehntausende von Kisten. Sie kamen aus England. Diese englische Munition ist so hoch explosiv, daß ein Sprengkörper genügt, um einen leeren Frachter in die Luft zu jagen. Weiße Cortex-Knallzschneidre laufen wie börsartige Schlangen von Raum zu Raum, schon jetzt bereit, sich auf einen Hebeldruck hin 7000 Meter pro Sekunde abzubrengen.

Als sei die untergegangene Sagenwelt Vineta von dämonischen Mächten aus der Tiefe emporgezerrt, so wirkt hier die uns anderwärts so vertraute Ruinenlandschaft auf dem Unterland. Der Bombenhagel am Mittag des 18. April 1945, bei dem tausend RAF-Maschinen in mehreren Wellen 7000 Bomben, darunter auch zehn Tonnen schwere Brocken abwarfen, muß der Hölle geglichen haben.

Die berühmte Kaiserstraße, auf der sich früher Gäste vieler Nationen, besonders an den Pfingstregattagen ein Stelldichein gaben, an der Kurhaus, bekannte Hotels und Pensionen lagen, und nicht zu vergessen die schmucken Läden mit den zollfreien Genüssen, diese Straße gleicht heute einem Dschungelwald und die Häuser vor Unkraut überwucherten Schutthalde. „Drüben am Strand haben wir vor einigen Tagen zwei Seehunde gefangen“, erzählt unser Begleiter.

Am Gerippe des Fahrstuhls vorbei klettern wir die Treppe hinauf zum Oberland. „Sehen Sie dort die Seilbahn?“ Unser „Fremdenführer“ zeigt auf ein primitives Gerüst, das an der Ostkante des Felsen befestigt ist. „Damit haben wir 1000 englische Wasserbomben heraufgeholt und im Hauptleitstand eingebaut. Umgekehrt hätten wir auch nach und nach die hier lagernde deutsche Munition herunterholen und in der See versenken können.“ Wir wenden uns dem Landinneren zu und bleiben erschüttert stehen. Krater reiht sich hier an Krater, wie auf einem zerklüfteten Riesennest. Zwischen Halden von Schutt und Geröll, Schränke und Stühle, Fensterkreuze und Öfen. Um die gerade noch zu erkennenden Grundmauern der Kirche herum Altarstücke, Engelsfiguren und zerfledderte Gesangbücher. Ratten huschen darüber. An die Umgebung des Hindenburgplatzes erinnert nur noch das Denkmal, auf dem das Bildnis Hindenburgs zu sehen ist. Das Ballhaus „Nordseeluft“ ist nicht mehr zu finden. Vom Friedhof sind nur noch verbliebene Gebeine und zwei Grabsteine zu sehen. „Lasset die Kindlein zu mir kommen“, steht auf dem einen.

Am „Trampelpfad“ der Nordspitze rechts grüne Mauerreste und wildes Gestrüpp. Das war einmal der berühmte Vogelfanggarten. „Heute sieht man hier kaum noch einen Vogel“, sagt unser Begleiter. Vorsichtshalber will man jedoch vor der Sprengung Schreckschüsse abgeben, um die Vogelwelt zu warnen.

Auf der Nordspitze sind die drei 30,5 cm-Geschütze der Batterie Schröder ebenso wie die drei 15 cm-Rohre der Jacobschen auf dem Südwestspitzel sowie die sechs 8,8 cm-Flakgeschütze — zer splittert, unbrauchbar gemacht. Sie waren außer kleinen Schnellfeuer-Kanonen die gesamte Bestückung der Festung!

In welcher Form geht die Sprengung vor sich? Ungefähr in der Mitte der Insel steht der klinkerne Flakkommandoturm. Er widerstand dem 109 Minuten andauernden Bombenhagel. In ihm laufen nun alle Zündschnüre, über bestimmte Sammelpunkte kommend, zusammen. Zur Stunde, in der die größte Sprengung der Welt vorsich gehen soll, werden von einem Schiff aus drahtlos (Funk), die Sprengstoffe zur Explosion gebracht. Um ganz sicher zu gehen, wird man noch eine Kabelzündung vorbereiten.

Über die ganze Insel verteilt stehen deutsche Wachtposten mit Hunden. Wozu? Um Sabotage zu verhindern, sagt einer.

Wie wird der tausendjährige Sandsteinfelsens darauf reagieren, dieser herrlich rote Stein, aus dem die Dome in Mainz, Worms und Speyer, auch das Heidelberger Schloß, erbaut wurden? Wird er genau so wie bei den Bombenangriffen die Pulvergase in sich aufnehmen und kautschukartig nachgeben? So ist nicht abzusehen was von Helgoland übrigbleibt. Im Gespräch um den vor zwei Jahren, ebenfalls am 18. April erlebten Bombenangriff auf Helgoland, meint ein alter Seebär: „Ja, und was die Bomben nicht erreicht haben, das muß nun wohl der Sprengstoff tun.“

(Fortsetzung von Seite 1)

keine Hindernisse im Wege stehen, der unehelichen Mutter die volle elterliche Gewalt zu übertragen. Vor der Abstimmung über den durchberateten Verfassungsentwurf gaben die Parteien noch folgende Erklärungen ab:

Die Christlichsozialen behalten sich

Abänderungsanträge vor. Die Annahme des badischen Verfassungsentwurfes durch die Fraktion der Badischen Christlich-Sozialen Volkspartei nach der 1. Lesung des Entwurfs soll das Recht der Christlich-Sozialen Fraktion, in der 2. Lesung der Verfassung Abänderungsanträge zu stellen, nicht beschränken.

Annahme des Entwurfs für die Demokraten unmöglich

Die Fraktion der Demokratischen Partei hat sich an der Beratung der Verfassung mit dem Bestreben beteiligt, eine den Bedürfnissen des Staates und des Volkes gerecht werdende Verfassung zu schaffen. Sie ist in diesem Bestreben bis an die äußerste Grenze des Entgegenkommens gegangen. Zwei Punkte machen der Fraktion die Annahme der Verfassung unmöglich:

- 1) Gemäß Art. 25a des Verfassungsentwurfes soll neben dem Landtag ein Ständerat gebildet werden. Die demokratische Fraktion steht auf dem Standpunkt, daß die Bildung einer zweiten parlamentarischen Körperschaft bei der Kleinheit und Armut des Landes weder sachlich gerechtfertigt ist, noch finanziell verantwortet werden kann. Schließlich bietet die beschriebene Zusammensetzung des Ständerats keine Gewähr für eine parteiliche Beteiligung der in Baden vertretenen Weltanschauungen. 2) Die Simultanschule ist in Baden historisch begründet und hat sich vorzüglich bewährt. Sie zu erhalten ist oberste Pflicht. Die Formulierung der Art. 33a bis 33c bietet keine Gewähr für die unbedingte Erhaltung der Simultanschule. Die Demokratische Fraktion erkennt grundsätzlich das Elternrecht in Erziehungsfragen als ein demokratisches Grundrecht an. Der in Art. 33a im Zusammenhang mit den Schulfragen verankerte Elternwille gibt aber nicht die Gewähr dafür, daß nicht nach dem Beispiel anderer Länder der Elternwille zur Beseitigung der Simultanschule und zur Einführung der Bekenntnisschule und religionslosen Schule benutzt wird. Diese Gefahr ist umso größer, da man abweichend vom Regierungsentwurf das Wort Simultanschule im Artikel 36 nur als erläuterndes Beiwerk in Klammern beifügt, die Hauptbezeichnung die christliche Gemeinschaftsschule bildet. Die Gefahr ist unverkennbar, daß mit Hilfe des Elternwillens der Weg über die christliche Gemeinschaftsschule zur Bekenntnisschule nicht der Verfassung zustimmen.

Sozialdemokraten stimmen gegen den Entwurf

Nach Beendigung der ersten Lesung der für Baden - frank. Zone - zu schaffenden Verfassung muß die sozialdemokratische Fraktion der Landesversammlung mit lebhaftem Bedauern feststellen, daß es ihrem ersten Bemühen und ihrer verantwortungsbewußten Mitarbeit nicht gelungen ist, der Verfassung in entscheidenden Fragen den Inhalt zu geben, der den grundlegenden fortschrittlichen Aufbau einer politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Demokratie gewährleistet. Der Ständerat, den die Verfassung neben dem Landtag vorsieht, ist ein reaktionärer Fremdkörper, für dessen Schaffung es keine sachliche Begründung gibt. Der Hinweis eines Redners der BCSV, daß eine unpolitische Körperschaft als Kontrollorgan des aus Vertretern der politischen Parteien zusammengesetzten Landtages erwünscht sei, widerspricht allen Grundregeln eines fortschrittlichen demokratisch-politischen Staatsaufbaus. Es gibt auch keine sachliche Begründung für die Absicht, auf Umwegen für das kleine Land Südbaden den Posten eines Staatspräsidenten zu schaffen. Die Bezeichnung der seit Jahrzehnten bewährten Badischen Simultanschule als christliche Gemeinschaftsschule und die Festung des Artikels 33a über das elterliche Erziehungsrecht wecken die begründete Befürchtung, daß der Konfessionsschule und damit der konfessionellen und weltanschaulichen Spaltung der Schulpflichtigen die Wege geebnet werden sollen. Jede Spaltung der Jugend aus religiösen

Gründen wäre eine außerordentliche Gefahr für den Aufbau einer neuen Staatsordnung, in der die Grundsätze der religiösen Duldung und Neutralität und der Schaffung eines wahrhaften Menschentums Anerkennung finden müssen. Die badische Simultanschule hat in den vielen Jahren ihres Bestehens - abgesehen von den 12 Jahren nationalsozialistischer Gewaltherrschaft - vom Standpunkt der religiösen Erziehung der Jugend nicht den geringsten Grund zu sachlichen Beanstandungen gegeben. Die Wahrung des religiösen Friedens und die Erziehung der Jugend im Geiste eines einheitslichen Willens im Sinne einer positiven Einstellung zu der zu schaffenden demokratischen und sozialistischen Staatsordnung ist dringend geboten. Die Erfahrungen, die das deutsche Volk in den letzten Jahrzehnten so reichlich sammeln konnte, insbesondere aber die Erfahrungen aus der Zeit nationalsozialistischer Herrschaft, haben die Beweise für die Notwendigkeit, die kapitalistische Wirtschaftssysteme grundlegend zu ändern, für alle denkenden Menschen mit christlicher und sittlicher Lebensauffassung vervollständigt. Die sozialdemokratische Fraktion der Landesversammlung hat aus dieser Tatsache die notwendigen Folgerungen gezogen und entsprechende Vorschläge für die Gestaltung derjenigen Bestimmungen der Verfassung gemacht, die die künftige Wirtschaftsordnung betreffen. Die von der Mehrheit der Landesversammlung beschlossene Fassung der Artikel über die Wirtschaftsplanung, Sozialisierung, Boden- und Agrarreform, und deren Begründung durch Redner der BCSV und der DP lassen erkennen, daß nicht ernstlich daran gedacht wird, die kapitalistische Produktionsform, die die tiefste Ursache von Wirtschaftskrisen, Arbeitslosigkeit, Not und Elend der großen arbeitenden Volksmassen und Kriegskatastrophen ist, grundlegend zu ändern. Das sind die wesentlichen Gründe, die es der sozialdemokratischen Fraktion der Landesversammlung unmöglich machen, der vorliegenden Verfassung ihre Zustimmung zu geben. Die weitere Mitarbeit der sozialdemokratischen Fraktion bei der Verabschiedung der Verfassung wird entscheidend davon abhängen, ob die Mehrheit der Landesversammlung gewillt ist, den grundlegenden Bedenken und Forderungen der Sozialdemokratie zu entsprechen.

Nachdem die Vertreter aller Parteien ihre Erklärungen abgegeben hatten, wurde der vorgelegte Verfassungsentwurf in namentlicher Abstimmung mit 35 Stimmen der BCSV gegen 22 Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten angenommen.

Die vier Sitzungstage forderten von den Abgeordneten angestrengte Konzentration und Aufmerksamkeit. Sie verlangten aber auch vom Präsidenten Dr. Person bei der Vielzahl der vorgelegten Anträge, die die Abstimmung der einzelnen Artikel oft sehr kompliziert gestalteten, eine umsichtige Verhandlungsführung. Nicht zuletzt soll auch die Betreuung der Presse anerkennend vermerkt werden, die durch das Sekretariat der Landesversammlung mit dem notwendigen Material versorgt wurde und jederzeit bereitwillig Auskunft erhielt.

Verfassungsabstimmung am 18. Mai

BADEN-BADEN - Amtlich wird mitgeteilt: 1. Laut Vorschriften der Verordnung Nr. 87 vom 16. April 1947 des Général Commandant en Chef Français en Allemagne, werden die Wähler und Wählerinnen des Rhein-Pfälzischen Landes, der Länder Baden und Württemberg durch Geheimwahl zur Abstimmung über die von den betreffenden provisorischen Regierungen im Einvernehmen mit den verschiedenen beratenden Versammlungen aufgestellten Verfassungsentwürfe aufgerufen. 2. Die Wähler bekunden ihre Meinung durch „Ja“ oder „Nein“; eine Ja-Mehrheit hat die Annahme des Verfassungsentwurfes zur Folge. 3. Am gleichen Tag werden auch, neben diesem Verzeichnisse durch allgemeine Wahl die von dem Verfassungsentwurf der betreffenden Länder vorgesehenen Landtagsmitglieder gewählt.

Neuer Kriegsverbrecherprozeß in Rastatt

27 ehemalige Lagerführer und Wachleute angeklagt

RASTATT - Unter Vorsitz von Präsident Drappier begann vor dem Höhen Gericht in Rastatt der Prozeß gegen 27 ehemalige Lagerführer und Wachleute aus den Lagern Haslach, Iffezheim, Schömburg, Spalchingen, Schörzingen, Dautmergen und Bispingen, die sich wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verantworten haben. Im Herbst 44 wurden auf unmittelbaren Befehl Himmlers verschiedene Ausrüstungslager unter der Benennung „Zweiglager von Natzweller“ errichtet. Die Gründung dieser Lager hatte einen doppelten Zweck: Einerseits die Ausbeutung der in dieser Gegend vorhandenen reichhaltigen Ölschieferorkommen und andererseits die Errichtung einer Anzahl

unterirdischer Rüstungsbetriebe. Hier mußten ca. 50 000 politische Häftlinge, in der Hauptsache Polen und Franzosen, unter gesundheitlich widrigen Voraussetzungen schwerste Arbeit leisten. Körperliche Mißhandlung und Hunger waren die Ursache für den Tod von 25 000 Häftlingen. Viele Häftlinge zogen es vor, Selbstmord zu begehen, um dieser Hölle zu entkommen. Nach Verlesung der Anklageschrift durch den Vertreter der Staatsanwaltschaft, Untersuchungsrichter Pineau, wurden die Angeklagten befragt, ob sie sich schuldig oder nichtschuldig bekennen. Außer zwei Angeklagten wollen sämtliche Angeklagte unschuldig sein.

Beabsichtigte Neufassung des Betriebsrätegesetzes

Gewerkschaftsvertreter-Konferenz in Südbaden

FREIBURG - Die Vorsitzenden der Ortsausschüsse, der Landesvereinigungen der Gewerkschaften sowie der Bundesvorstand des Badischen Gewerkschaftsbundes haben mit den Referenten der Direktion Arbeit beim Badischen Wirtschaftsministerium aktuelle Fragen erörtert. Über die Bestimmungen für die Tätigkeit und die Aufgaben der Betriebsräte gab der Referent Kappe eine kurze Übersicht. Er wies dabei auf eine im Einvernehmen mit dem badischen Wirtschaftsministerium - Direktion Arbeit - vom Badischen Gewerkschaftsbund herausgegebene Broschüre über diese Fragen hin, die gegenwärtig zur Ausgabe gelangt. Es wurde eine Kommission bestimmt, die einen Entwurf für eine Neufassung des Betriebsrätegesetzes auszuarbeiten soll. Über das Thema „Dienstverpflichtungen“ sprachen die Referenten Dr. Hessel und Wolz, welche auch die Bemühungen schilderten, die von der Direktion Arbeit gemacht wurden, um die Durchführung der aus bekannten Gründen angeordneten Dienstverpflichtungen über die Betroffenen einigermaßen erträglich zu gestalten und Ungerechtigkeiten zu vermeiden. Auch hier gaben die Gewerkschaftsvertreter ihre Meinung ungeschminkt Ausdruck und verlangten, daß die Dienstverpflichtungen in erster Linie gegen die notorischen Drückeberger angewandt werden und nur in dringenden Fällen gegen schon anderweitig in Arbeit stehende, ihrer Pflicht nachkommende Arbeiter. Der Vorsitzende des Badischen Gewerkschaftsbundes, Reibel, berichtete als Mitglied des Landeswirtschaftsrats über die auf Grund von Kontrollratsbeschlüssen vorgesehene Demontage von Maschinen in der französischen Zone Badens. Es kamen in diesen Ausführungen und in der Aussprache die schweren Befürchtungen zum Ausdruck, die die Arbeiterschaft über die Auswirkungen dieser beabsichtigten und teilweise schon durchgeführten Maßnahmen hat. In einer Denkschrift, die den zuständigen Behörden unterbreitet wurde, sind diese Befürchtungen dargelegt und auch konkrete Vorschläge zur Abmilderung gemacht worden.

maßen erträglich zu gestalten und Ungerechtigkeiten zu vermeiden. Auch hier gaben die Gewerkschaftsvertreter ihre Meinung ungeschminkt Ausdruck und verlangten, daß die Dienstverpflichtungen in erster Linie gegen die notorischen Drückeberger angewandt werden und nur in dringenden Fällen gegen schon anderweitig in Arbeit stehende, ihrer Pflicht nachkommende Arbeiter. Der Vorsitzende des Badischen Gewerkschaftsbundes, Reibel, berichtete als Mitglied des Landeswirtschaftsrats über die auf Grund von Kontrollratsbeschlüssen vorgesehene Demontage von Maschinen in der französischen Zone Badens. Es kamen in diesen Ausführungen und in der Aussprache die schweren Befürchtungen zum Ausdruck, die die Arbeiterschaft über die Auswirkungen dieser beabsichtigten und teilweise schon durchgeführten Maßnahmen hat. In einer Denkschrift, die den zuständigen Behörden unterbreitet wurde, sind diese Befürchtungen dargelegt und auch konkrete Vorschläge zur Abmilderung gemacht worden.

Meldungen vom Tage

- BERLIN - Der Berliner Oberbürgermeister Dr. Ostrowski, gab im Verlauf der Sitzung des Berliner Magistrates seinen Entschluß, zurückzutreten, bekannt. BRAUNSCHWEIG - 39 Personen werden sich wegen Anschuldigungen bei den Hungerdemonstrationen am 1. April in Braunschweig vor einem Militärgericht zu verantworten haben. NÜRNBERG - Das amerikanische Militärgericht II verurteilte den ehemaligen Generalfeldmarschall Erhard Milch zu lebenslänglichem Gefängnis. Der Verteidiger Milch wird Berufung einlegen. PRAG - Der nationale Gerichtshof von Preßburg verurteilte drei ehemalige slowakische Staatspräsidenten Dr. Tiso und den ehemaligen slowakischen Außenminister Ferdinand Durcansky zum Tode durch den Strang. PRAG - Am 28. April wird vor dem Prager Nationalgericht der Prozeß gegen den 48 Jahre alten ehemaligen Besitzer der großen Bata-Schuhfabriken in Zlín, Jan Bata, beginnen. Bata, der sich gegenwärtig in Brasilien befindet, wird in „absentia“ verurteilt werden.

- PRAG - Franz Bobek, der frühere deutsche Prior des Malteser Ordens, der vom Prager Volksgerichtshof wegen Hilfeleistungen an die Gestapo zum Tod durch den Strang verurteilt worden war, ist hingerichtet worden. MAILAND - Auf einer Pressekonferenz sagte der italienische Außenminister Graf Sforza aus: „Der Friedensvertrag mit Italien ist sicher ungerecht. In seiner jetzigen Form wird er nicht lange bestehen bleiben.“ OSLO - Die große Mehrheit des norwegischen Kleines fordert die Begnadigung des Kultusministers während der deutschen Besetzung, Schanke, dessen Todesurteil vom Staatsgerichtshof bestätigt worden ist. 600 von 800 Geistlichen intervenierten zugunsten Schankes. ATHEN - Der Partisanenführer Papadassios, der von einem Militärgericht zum Tode verurteilt worden war, wurde in Alexandropol hingerichtet. MAILAND - Unbekannte Täter entführten ein 6-jähriges Mädchen. Die Kindesräuber forderten 2 Millionen Lire Lösegeld von dem Eltern.

Die Lohnsteuer in Südbaden / Eine Erklärung des Finanzministeriums

FREIBURG Br. - Das Badische Finanzministerium teilt uns mit:

Sowohl in der Presse wie in zahlreichen Zuschriften von Steuerpflichtigen wird die Regelung der Lohnsteuer in Südbaden seit Geltung des Kontrollratsgesetzes Nr. 12 vom 11. 2. 1946 bemängelt. Dabei wird dem Finanzministerium mehr oder minder der Vorwurf der Säumigkeit gemacht. Dies ist durchaus unbegründet.

1. Die durch den Kontrollrat mindestens um 25 vH erhöhte Lohnsteuer sollte nach dem Gesetz rückwirkend vom 1. 1. 1946 an einbehalten werden. Mit Zustimmung der Militärregierung ist in der französischen Zone der erhöhte Lohnsteuerabzug erst ab 1. 4. 1946 erfolgt. Einem Antrag des Finanzministeriums, die erhöhte Lohnsteuer erst ab 1. 8. 1946 (wie in der amerikanischen Zone) oder ab 1. 7. 1946 (wie in der britischen Zone) zu erheben, wurde nicht stattgegeben.

2. Die Einkommensteuer der veranlagten Steuerpflichtigen ist vor dem 1. 1. 1946 stets etwas höher gewesen als die Lohnsteuer, und zwar aus folgenden Gründen:

- a) Bei der veranlagten Einkommensteuer war vor der Besteuerung stets ein Pauschbetrag von je 200 RM für Werbungskosten und Sonderausgaben (zusammen jährlich 400 RM, monatlich rund 33 RM) vom Bruttoeinkommen abzugsfähig. Die Lohnsteuer dagegen wurde stets unmittelbar vom Bruttoeinkommen berechnet. Als Ausgleich war jedoch der Abzug der Werbungskosten und Sonderausgaben der Lohnsteuer entsprechend niedriger gehalten. Dadurch ist intern im Steuertarif auch hier ein monatlicher Pauschbetrag, und zwar von 33,- RM (jährlich 400 RM) berücksichtigt. Das Kontrollratsgesetz hat Einkommen- und Lohnsteuer tarife um 25 bzw. 33 % erhöht. Tatsächlich ist nach den Einkommensteuertarifen und Lohnsteuertarifen die Steuer noch mehr erhöht worden. Dabei ist ferner das bis 1. 1. 1946 bestehende Belastungsverhältnis zwischen Einkommen- und Lohnsteuer besonders dadurch verändert worden, daß bei der veranlagten Einkommensteuer 19 vH des Einkommens (höchstens 1000 RM) steuerfrei bleiben, während es einen entsprechenden steuerfreien Betrag bei der Lohnsteuer nicht gibt. Um diesen Unterschied bei der Lohnsteuer auszugleichen, haben die Landesregierungen in der amerikanischen und in der britischen Zone angeordnet, daß vor der Anwendung der Lohnsteuertabelle ein Betrag von monatlich 33,- RM abzusetzen sei. Ohne Genehmigung durch die Militärregierung in Baden-Baden hat dies auch die Landesregierung Rheinland-Pfalz angeordnet. Der vorstehend dargelegten Sachverhalte entsprechend stehen derartige Anordnungen im Widerspruch zum Kontrollratsgesetz. Aus diesem Grund hat die Militärregierung in Freiburg einem entsprechenden Antrag des Bad. Finanzministeriums vom 2. 11. 1946 nicht stattgegeben.

3. Die Wirkung vom 1. 4. 1947 an wird die Gleichheit der Belastung der Lohnsteuerpflichtigen in den 3 Westzonen wieder hergestellt werden. Nach einer

Anordnung der amerikanischen Militärregierung hat nämlich von diesem Zeitpunkt an in der amerikanischen Zone der Abzug des Pauschbetrags von 33 RM wieder zu unterbleiben. Von der britischen Zone ist bis jetzt darüber nichts bekannt. Um die vorübergehend höhere Belastung der badischen Lohnsteuer auszugleichen, wird das Finanzministerium mit der französischen Militärregierung nochmals in Benehmen treten.

3. Andere Steuererleichterungen, die in der britischen Zone, nachdem sie dort vorübergehend aufgehoben waren, vom 1. 4. 47 an wieder eintreten, haben in der französischen Zone Badens ohne Einschränkung auch während der bisherigen Dauer der Besatzung Geltung behalten. Dies ist heute noch der Fall. In dieser Richtung gibt es also in Baden im Vergleich zu den anderen Zonen überhaupt nichts zu verbessern. Im einzelnen handelt es sich dabei um folgendes:

- a) Berücksichtigung außergewöhnlicher Belastungen nach § 23 EStG (§ 25 LohnStDB) durch Krankheit, Tod und Unfall. Unterhalt mittelloser Angehöriger und durch sonstige Umstände, die die steuerliche Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen wesentlich beeinträchtigen. Auf Antrag und Vorschlag von Baden wird in diesen Fällen ein noch günstigerer Regelung Platz greifen. b) Steuerfreier Pauschbetrag gem. § 33 (§ 26 LohnStDB) für Kriegsbeschädigte und ihnen gleichgestellte Beschädigte (Zivilbeschädigte) und Körperbehinderte. c) Nichtbesteuerung der Zuschläge für Mehrarbeit und für Sonn-, Feiertags- und Nacharbeit, die aufgrund gesetzlicher oder tariflicher Bestimmungen über den Grundlohn hinaus gezahlt werden. d) Freibetrag von monatlich 25 RM für Ausgaben des Arbeitgebers für die Zukunftsicherung der Arbeitnehmer. e) Steuerfreiheit der Jubiläumsgeschenke gem. § 1 LohnStDB. f) Steuerfreiheit für Fahrkostensatz, für Gewährung von freien oder verbilligten Mahlzeiten und für Bezüge an erkrankte Arbeitnehmer. g) noch nicht entschieden ist in der französischen Zone die vom Finanzministerium beantragte Abzugsfähigkeit der Vermögens- und Kirchensteuer am Einkommen, während diese Abzüge in den anderen Zonen zum Teil wenigstens jetzt schon zugelassen sind.

Danach kann das Finanzministerium für sich beanspruchen, daß es in der Wahrung der Interessen der Lohnsteuerpflichtigen bisher hinter den Erleichterungen in den übrigen Besatzungszonen nicht zurückgefallen ist; dies wird auch künftig nicht der Fall sein. Bei der überspannten Steuerbelastung ist es vielmehr selbstverständlich, daß dauernd alles versucht wird, um möglichst viele Erleichterungen für die Steuerpflichtigen zu erreichen.

Der neue Waren-Austausch der Westzonen

62,3 Mill. RM Umsätze

KO. MÜNCHEN - In dem Abkommen zwischen der französischen und der englisch-amerikanischen Zone wurden folgende Lieferungen vereinbart:

Die vereinigten Zonen werden an die französische Zone Eisen und Stahl zum größten Teil in Fertigware für 17,3 Mill. RM, 3,18 Mill. Textilien, 178 000 RM Lederfaserstoff, 165 000 RM Sperrholzlatten, 500 000 RM Reifen, 300 000 RM technische Gummiwaren, 300 000 RM Nichteisenerzeugnisse, 5 Mill. chemische Erzeugnisse und Pharmazeutika 100 000 RM Baustoffe, 850 000 RM Papiere, 725 000 RM elektrotechnische Erzeugnisse, 2,3 Mill. RM landwirtschaftliche Erzeugnisse und für 490 000 RM Erzeugnisse der Feinmechanik und Optik liefern.

Im Austausch liefert die französische Zone Nadelholz für 1,2 Mill. RM, Grubenholz 225 000 RM und Nadelrundholz 50 000 RM. An Textilien wird sie für 3,3 Mill. liefern, Nichteisenerzeugnisse 200 000 RM, Uhren 500 000 RM, chirurgische Instrumente 300 000 RM und feinmechanische Erzeugnisse 420 000 RM; ferner elektrotechnische Erzeugnisse 90 000 RM, chemische Erzeugnisse und Pharmazeutika 14 Mill., Erze 1,5 Mill., feuerfeste Waren 1 Mill., Tabakwaren 4,2 Mill. Papier und Zellstoff 1,9 Mill., Steine und Erden 280 000 RM, landwirtschaftliche Erzeugnisse 1 470 000 RM und Wein 800 000 RM. Insgesamt wird die Einfuhr in die französische Zone 31 398 000 RM, die Ausfuhr 31 435 000 RM betragen.

In den Abmachungen wurde festgelegt, daß die Wirtschaftsverwaltungen beider Besatzungsgebiete davon absehen werden, die im Rahmen dieser Vereinbarungen vorgesehenen Lieferungen oder Gegenlieferungen abhängig zu machen. Die Preise dürfen nicht höher sein als die für die Ware in der liefernden Zone gesetzlich gültigen Preise.

Neues Bau- und Bodenrecht

Beschleunigter Wohnbau gefordert

KÖLN - Der Deutsche Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung empfahl auf seiner Arbeitstagung in Köln, ein für alle deutschen Länder geltendes Rahmengesetz für den Aufbau der Stadt- und Landgemeinden. An der Tagung, unter Vorsitz von Staatsminister Gottlob Binder, nahmen der Oberbürgermeister von Köln, Staatssekretär a. D. Dr. H. Pünder sowie vierhundert Sachverständige aus den vier Zonen und aus Berlin teil. In einer Entschließung weist der Verband auf die katastrophalen Wohnverhältnisse des deutschen Volkes hin. Die Lösung der Wohnungsfrage sei ebenso wichtig, wie die des Ernährungsproblems. Mit der Lösung dieser beiden Fragen stehe und falle der demokratische Neuaufbau. Es sei deshalb notwendig, alle Kräfte zu mobilisieren, um die Schaffung neuen Wohnraumes schnellstens in Angriff zu nehmen. Baustoff- und Bauindustrie müßten umgehend in Gang gesetzt werden, sowie die erforderlichen Kohlenkontingente bereitgestellt werden. Ein Ausschuß aus Vertretern aus allen vier Zonen und Berlin soll Vorschläge für eine künftige Bauordnung machen.

Landesverteilungsbüro für Prioritätsbetriebe

BADEN-BADEN - Um die Versorgung der Prioritätsbetriebe mit zusätzlichen Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen zu beschleunigen, wurde, nach dem Mitteilungsblatt der südbadischen Handelskammern, von der Militärregierung angeordnet, daß die Verteilung dieser Waren nicht mehr durch die amtlichen Bedarfsverteilungsbüros (Wirtschaftsamter, Ernährungsämter), sondern durch besondere, von den Prioritätsbetrieben zu bildenden Organen zu erfolgen hat. Nach Vorschlägen der Militärregierung wurde in jedem Handelskammerbezirk aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein Ausschuß gebildet, der die Aufgabe hat, die von der Militärregierung zur Verfügung gestellten zusätzlichen Waren zu beschaffen und zu verteilen. Es ist damit zu rechnen, daß durch die Militärregierung Zuteilungen aus der Programm-Erzeugung zu Kompensationszwecken zur Verfügung gestellt werden.

Später wird ein Verteilungsbüro für den Landesbezirk gebildet werden, das der Militärregierung statistische Unterlagen liefert, Preisbescheine entgegennimmt und Kontingente verteilt wird. Außerdem wird es die Waren heranschaffen und verteilen und die Betriebe in kaufmännischen Angelegenheiten unterstützen.

Die Militärregierung hat es als wünschenswert betrachtet, daß die neue Einrichtung bald auch die Verteilung der Schwerarbeiterzulagen und der normalen Zuteilungen für die Arbeiter und ihre Familien übernehmen können.

Truman fordert Preissenkung

WASHINGTON - Präsident Truman erklärte auf einer Pressekonferenz, es sei Sache der amerikanischen Geschäftswelt, die Preise wieder auf einen vernünftigen Stand herunterzudrücken. Falls sie ihre jetzige Höhe beibehielten, seien die Arbeiter durchaus im Recht, wenn sie höhere Löhne forderten. Der Präsident drückte sein Bedauern über die Streiks aus und betonte, daß im vergangenen Jahr kein Streik irgend Jemandem weder den Arbeitern, noch den Gewerkschaften oder den Unternehmern Nutzen gebracht habe. Truman gab bekannt, daß das Justizministerium die Anti-Trust-Gesetzgebung dahin überprüft, inwieweit sie eine freiwillige Preissenkung zuläßt.

Der Präsident bezeichnete die während der letzten vier Quartale von der Geschäftswelt erzielten Verdienste als enorm. Die Geschäftsleute könnten daher kaum Verluste erleiden, wenn sie die Preise auf einen vernünftigen Stand senken. Die Regierung könne jedoch keine gesetzlichen Schritte zur Herabsetzung der Preise unternehmen, da ihr diese Möglichkeit im vergangenen Jahr durch die Aufhebung der Preiskontrolle genommen worden sei.

Neue Außenhandels-Verhandlungen

MIT DÄNEMARK - BERLIN - Auf Einladung der Dänischen Regierung fanden in Kopenhagen Verhandlungen über Handels- und finanzielle Fragen statt, die den Austausch zwischen Dänemark und der britisch-amerikanischen Zone betrafen.

MIT SCHWEDEN - BERLIN - In Berlin wird mit einer schwedischen Delegation über den Waren Austausch mit der englisch-amerikanischen Zone verhandelt. Vor dem Krieg kamen 24 vH der schwedischen Einfuhr aus Deutschland, während 16 vH der Ausfuhr Schwedens nach Deutschland gingen. Schweden möchte in Deutschland Fotoapparate, optische Präzisionsinstrumente, Dieselmotoren und chemische Produkte auskaufen und im Austausch Sulfate, Fische und Arsenik liefern.

Mit Italien

ROM - Im italienischen Außenministerium ist man voller Zuversicht, bald Verhandlungen über ein Handelsabkommen mit der anglo-amerikanischen Zone einleiten zu können. An Italien war vor einiger Zeit die Aufforderung ergangen, nach Münden eine Handelsdelegation zu entsenden. Sie wird aus drei Beamten bestehen. Das erstrebte Abkommen wird wahrscheinlich ähnlicher Natur sein, wie die Abkommen, die von den Besatzungsmächten mit Belgien und Holland geschlossen worden sind. Die Kohle- und Holzlieferungen werden Gegenstand gesonderter Abkommen sein.

Mit Afghanistan und Belgisch-Kongo

BERLIN - Die amerikanische Zone wird an Afghanistan 9,2 Mill. Meter Stoffe für 3,5 Mill. Dollar liefern. Auch Belgisch-Kongo hat bei der Zone eine Bestellung auf 3,4 Mill. Meter Stoffe im Wert von 1,6 Mill. Dollar aufgegeben. Der größte Teil dieser Lieferungen wird mit Hilfe der 22 000 belgischen Bauern hergestellt, die von den Vereinigten Staaten an Deutschland aus überschüssigen Beständen abgegeben worden sind. Die Ausfuhr von Textilien stellt einen der wichtigsten Punkte des Programms dar, das von den Angelsachsen ausgearbeitet worden ist, um die Handelsbilanz der britisch-amerikanischen Zone in Deutschland auszugleichen. Diesem Programm zufolge ist für die kommenden 3 Jahre eine Textilausfuhr im Wert von 191 Mill. Dollar vorgesehen.

Vor der Neuordnung der Saarwirtschaft

SAARBRÜCKEN - Bei einer Aussprache zwischen der Verwaltungskommission für das Saargebiet und den politischen Parteien, an der auch Vertreter der Einheitsgewerkschaft teilnahmen, wurde eine Vereinbarung getroffen, nach der schon in den nächsten Tagen Vertreter für eine Studienkommission ernannt werden sollen. Sie wird sich mit der Neuordnung der Saarwirtschaft beschäftigen. Der Kommission werden außer den Vertretern der Parteien, Gewerkschaften und Verwaltungskommission noch je ein Vertreter der Genossenschaften, der Industrie, des Handwerks und der Bauern angehören.

Frankreich schlägt internationalen Reisepaß vor. Die französische Delegation der in Genf tagenden „Reise-Konferenz“ schlug die Schaffung eines internationalen Reisepasses vor. Gleichzeitig wird bekannt, daß die Schweiz Verhandlungen mit Schweden und Dänemark zwecks Abschaffung des Visum-Zwanges aufgenommen hat.

Verantwortlich f. d. Schriftleitung: Dr. H. F. Geller. Druck und Verlag Ernst Koelbin, Baden-Baden. Anzeigenteil: Anni Garling. - Bühler Geschäftsstelle: Hauptstr. 99. Acherner Geschäftsstelle: Hauptstr. 112.

Schont die Bäume

Der Polizeidirektor bittet uns um folgenden Hinweis: Das Stadttinnere Baden-Badens hat in den letzten Jahrzehnten einen großen Teil seines Baumschmuckes verloren.

Der Bevölkerung wird daher in Erinnerung gebracht, daß die Pflege unserer Naturschönheiten jedem Einzelnen nicht nur als moralische, sondern auch als gesetzliche Pflicht obliegt.

Die durch Colonel Michel François, Direktor der schönen Künste eröffnete Ausstellung moderner französischer Keramik wurde, wie wir aus seiner Ansprache entnehmen, schon in Wien gezeigt.

Die durch Colonel Michel François, Direktor der schönen Künste eröffnete Ausstellung moderner französischer Keramik wurde, wie wir aus seiner Ansprache entnehmen, schon in Wien gezeigt.

Was uns in der Halle mit ihren Prachtsstücken, dann aber auch in den eingebauten Vitrinen mit einer unerschöpflich reichen Ausstellung geistigt wird, ist nichts anderes als eine in Feuersgluten gelutete, funken- und farbensprühende Welt in miniature.

Es ist eine seltsame Situation, wenn man, wie Jean Mougin, Sous-directeur de l'Information, ungefähr ausführt, bei der Kunstschöpfung der Kunst nicht nur Künstler, sondern gleichzeitig Chemiker und in einer gewissen Weise sogar Alchimist sein muß, weiß, daß die stumpfen, trüben Töne, Metallfarben wie Kupfer, Kobalt, Uran, Mangan und Blei, sich im Ofen bei einigem Temperatur, die sich bis zu 1300 Grad steigert, in helle Farben verwandeln.

Moderne französische Keramik

Christian Baugy weist in einem knappen Umriß der Entwicklungsgeschichte darauf hin, daß die zeitgenössische französische Keramik ihren Glanz und ihre Meisterschaft den chinesischen und japanischen Vorbildern zu verdanken hat.

Wir sehen in dieser Ausstellung den Niederschlag einer tausendjährigen Kultur, die mit vereinzelt Prachtstücken an die Schmelzarbeiten (Clousson) der spätromantischen oder der frühgotischen kirchlichen Kunst erinnert, schon sie mit einem vibrierenden modernen Geiste durchflutet, der seitensamerweise in den modernen Erzeugnissen weiterlebt und weiterwirkt.

Freigabe eines Hotels

schaft Übernachtungsmöglichkeiten

Die Stadt steht augenblicklich mit einem bekannten Hotel in Verhandlungen mit dem Ziele, dieses in städtischen Besitz überzuführen.

Neuchaux - Nachklänge zum Haushaltsplan

Auf die Einsetzung „Nachklänge zum 29. Städt. Haushaltsplan 1947“ (veröffentlicht in Nr. 29 des B.T.) ging uns eine Erwiderung von Frau Karin Eifner, der Witwe des verstorbenen Oberbürgermeisters Eifner, zu.

Durch das Weglassen der Jahresdaten wird in dem Artikel besonders für den mit der Stadtgeschichte nicht vertrauten Leser der Eindruck erweckt, als ob mein verstorbenen Mann in Zusammenhang mit dem sogenannten Oberbürgermeister Pieser der Hauptlast der Arbeit und Verantwortung trug, ohne daß durch diese Feststellung die Verdienste von Oberbürgermeister Fieser, mit dem er in gegenseitigem Vertrauen zusammenarbeitete, irgendwie geschmälert werden sollen.

Wenn der Artikelschreiber sagt, daß „durch diesen Bericht die Investierungs- und Finanzpolitik der 12 Jahre lang verlästerten „Systempartei“ (Zentrum, Sozialdemokraten, Demokraten) glänzend gerechtfertigt“ sei, so stellt er damit Oberbürgermeister Eifner das beste Zeugnis aus, der seit 1918 als Bürgermeister und Mitglied der demokratischen Partei in das öffentliche Leben eintrat, aber auf diese Investierungs- und Finanzpolitik hatte, es ist kein Geheimnis - wenigstens nicht für den, der mit offenen Augen durch diese Zeit ging - daß mein Mann schon als Bürgermeister infolge der häufigen und langen Krankheitsurlauben von Oberbürgermeister Pieser die Hauptlast der Arbeit und Verantwortung trug, ohne daß durch diese Feststellung die Verdienste von Oberbürgermeister Fieser, mit dem er in gegenseitigem Vertrauen zusammenarbeitete, irgendwie geschmälert werden sollen.

Zu der „Verschärfung der Städtischen Werke“ (der Schreiber meint wohl die Übernahme der Aktienmehrheit durch das Badenwerk) ist zu bemerken: Jeder Bürger der Stadt wird sich noch an die Jahre 1931/32, die Zeit der Notverordnungen und der schweren Wirtschaftskrise erinnern, unsere Bürgerstadt wurde davon schwer betroffen, Ich erinnere mich noch deutlich an die Sorgen und Schwierigkeiten, die mein Mann - inzwischen Oberbürgermeister - hatte, nur um die laufenden Löhne und Gehälter ausbezahlen zu können. Aus dieser Situation heraus kam es zur Übernahme der Aktienmehrheit der Städtischen Werke durch das Badenwerk. Auch nach der sogenannten Mächtergreifung ließ sich Oberbürgermeister Eifner - nicht ohne oft heftige Widerstände zu finden - nur von der Sorge um das Wohl der Bürgerschaft und der Stadt leiten. Ich glaube nicht, daß die Bürgerschaft mit der Artikelschreiber der Auffassung ist, daß sich „Oberbürgermeister Eifner immer mehr zu einem Sozialreaktor entwickelte, der alles tat, was die Nationalsozialisten wollten.“ Um die Finanzlage der Stadt zu stabilisieren, bemühte sich mein Mann um die Konzeption für die Spielbank. Im Herbst 1934, wenige Monate vor seinem Tod wurde die Spielbank eröffnet. Es ist mir unbekannt, daß diese Einrichtung von Anfang an ihr Personal, Coupiers usw. zu 90 vH. aus SA, SS und NSDAP-Mitgliedern zusammensetzte. Ich weiß lediglich, daß die ersten Flechter Franzosen waren und daß einige französische Coupiers eingestellt wurden.

Vielleicht sieht der Artikelschreiber in Zukunft zunächst einmal die Unterlagen und Akten an, bevor er solche schwerwiegende Feststellungen trifft.

Kein Schadenersatz der Post

Die Post teilt uns zu dem am vergangenen Mittwoch veröffentlichten Artikel „Häufigkeit der Post, aber kein Schadenersatz“ mit, daß durch die alliierten Kontrollbehörden endgültig entschieden wurde, Schadenersatzansprüche, die auf die Benutzung postalischer Einrichtungen zur Wiederaufnahme des Postdienstes zurückzuführen sind, nicht abzugeben.

Wenn in diesen Tagen durch die Arbeitsämter der französischen Zone mit der Ausstellung des Berufsbuches begonnen wurde, das an die Stelle des bisherigen Arbeitsbuches tritt, so rechtfertigt dies einen kurzen Überblick auf die Entstehungsgeschichte des Arbeitsbuches.

Das Gesetz über die Einführung eines Arbeitsbuches vom 22. 2. 1935 besagt, daß das Arbeitsbuch eingeführt wurde, um eine zweckentsprechende Verteilung der Arbeitskräfte in der deutschen Wirtschaft zu gewährleisten. Durch die Verordnung vom 22. 4. 1939 kam die bisher festgesetzte Verdienstgrenze in Wegfall; gleichzeitig wurde die Arbeitsbuchpflicht erweitert auf Selbständige, Heimarbeiter, Hausgewerbetreibende usw. sowie mithelfende Familienangehörige.

Es ist auch für die Sozial- und Wirtschaftspolitik unerlässlich, daß jederzeit ein Überblick über die im gesamten und in einzelnen Orten vorhandenen Arbeitskräfte und darüber, wie diese sich auf den Berufsstellen verteilen, möglich ist. Diesen Überblick gewährt die Berufsbuchkarte. Da die dem Berufsbuch gestellten Aufgaben auf reine Friedenszwecke beschränkt wurden, konnte auf dessen Ausstellung für Selbständige, mithelfende Familienangehörige und Heimarbeiter verzichtet werden. Eigenständige Arbeitskräfte durch die Berufsbuchpflicht schiedet dabei aus, da es ausdrücklich unter sagt ist, das Berufsbuch mit Merkmalen zu versehen, die in dieses Eintragungen zu machen, die den Inhaber günstig oder nachteilig kennzeichnen.

FORUM DER JUGEND

Eine Aussprachehalle im „Badener Tagblatt“

Auf Anregung der Baden-Badener Jugend, wird das „Badener Tagblatt“ von der kommenden Woche an unter der Kopfschleife „Forum der Jugend“ einen Raum zur freien Aussprache über städtische Jugendangelegenheiten und -bünde unserer Stadt zur Verfügung stellen.

Die Jugend will wirklich demokratisch leben!

Helfe Debatten auf dem Diskussionsabend der Baden-Badener Jugendorganisationen - Jugendparlament mit Jugendbürgermeister - Einmütig gegen Streichung des Artikels 69a der neuen Badischen Verfassung

Am Mittwoch fand der zweite große Diskussionsabend der Baden-Badener Jugendorganisationen und -bünde auf Einladung der Freien Jugend statt, an dem von allen Teilnehmern außerordentlich lebhaft zu brennenden Tagesfragen Stellung genommen und eine Reihe wichtiger Beschlüsse gefaßt wurde.

Man gewann am Mittwochabend den Eindruck, daß unsere sich ehrlich um die neuen Wege ihres eigenen und des allgemeinen deutschen Lebens bemühende Jugend in mancher Hinsicht mißtrauisch geworden ist und vor allem das Gefühl bekommen hat, oft nicht ernst genug genommen zu werden.

Mit wahrer Leidenschaft wurde zu Beginn des Diskussionsabends von allen teilnehmenden jungen Menschen eine Debatte um den Artikel 69a der neuen Badischen Verfassung geführt. Man hatte - wie bisher überhaupt nur - aus der Veröffentlichung einer Zeitung davon erfahren, daß durch Antrag der BCSV, die Streichung des Artikels 69a vorgenommen worden sei, in dem festgelegt worden war, daß kein Staatsbürger zur Leistung militärischer oder sonstiger wehrmännischer Aufgaben herangezogen werden dürfe. Die Baden-Badener Jugend wandte sich einmütig gegen diese Streichung. Sie will in ihren einzelnen Organisationen über eine gemeinsame Resolution beraten und abstimmen, die veröffentlicht und auch dem Landtag zur Kenntnis gebracht werden soll.

Mit gleicher Lebhaftigkeit wurde über die Erfolgsmöglichkeit der Arbeit des Jugendgremiums gesprochen. Die kürzlich gefaßten, ersten Beschlüsse konnten an den Jugendausschuß der Stadt nicht weitergegeben werden, da dieser inzwischen nicht getagt hat. Zwar wurde durch direkte Verhandlung von Beauftragten des Jugendgremiums erreicht, daß zwei der wichtigsten Wünsche der Baden-Badener Jugend erfüllt wurden. Der eine bezog sich auf die Führung der Jugend durch die Straßenbahnhaltestellen.

Mit gleicher Lebhaftigkeit wurde über die Erfolgsmöglichkeit der Arbeit des Jugendgremiums gesprochen. Die kürzlich gefaßten, ersten Beschlüsse konnten an den Jugendausschuß der Stadt nicht weitergegeben werden, da dieser inzwischen nicht getagt hat. Zwar wurde durch direkte Verhandlung von Beauftragten des Jugendgremiums erreicht, daß zwei der wichtigsten Wünsche der Baden-Badener Jugend erfüllt wurden. Der eine bezog sich auf die Führung der Jugend durch die Straßenbahnhaltestellen.

Durch Unvorsichtigkeit hervorgerufene Waldbrände

Am Mittwoch und Donnerstag mußte durch Sirenen Feueralarm gegeben werden. In beiden Fällen war in Waldstücken - einmal am Gunzenbach und am Donnerstag dessen rascheste Bekämpfung und zur Verhütung weiterer Ausdehnung die Auslösung der Sirenenanlage erforderlich machte.

Beide Fälle zeigen erneut die große Gefahr auf, die mit dem Eintreten der wärmeren Jahreszeit in den Wäldern durch den Umgang mit Feuer auftritt. Eine unvorsichtig gewegene Zigarette genügt meistens, um binnen kurzer Zeit den größten Waldbrand hervorzurufen. Gerade in der waldreichen Umgebung unserer Stadt ist dieser Gefahrenmoment besonders häufig gegeben.

Als Komponist ist Blacher kompromißlos seinen Weg gegangen. Er gehört zu den wenigen, die den Mut zum Experiment hatten, als es gefährlich war. Die deutsche Entdeckung der sogenannten entarteten Kunst brachte ihm große Schwierigkeiten und erbitterte Anfeindungen der braunen Kulturpolitiker. Blachers neueste Erfolge waren die in Dresden am 4. März uraufgeführte Kammeroper „Die Flut“ und die vom Berliner Rundfunk kürzlich gesendete „Kantate vom deutschen Weg“.

Die Partita für Streicher und Schlagzeug, mit der das Sinfonieorchester des Großen Orchesters der Südwestfunks begann, stellt keine großen Anforderungen an die Zuhörer. Das dreisätzige Werk zählt allerdings auch nicht zu Blachers Arbeiten, die durch interessante formale Probleme oder klangliche Eigenarten aufgefallen sind. Die Partita zeichnet sich vor allem durch klare, leicht fällige Melodik, verbindliche Harmonik und vielgestaltige Rhythmik aus. Neben diesen Vorzügen fehlen jedoch jene künstlerischen Werte, die einer Komposition ihr besonderes Gepräge geben. Die wichtigste Instrumentengruppe ist das Streichorchester, das in rhythmischer Hinsicht stellenweise sehr kompliziert gesetzt ist. Das Schlagzeug dagegen hat keine selbständige Aufgabe, sondern gibt nur Akzent und Kolorit.

Am 16. April starb Professor Franz H. Staerk im Alter von 60 Jahren. Am 1. Juni 1887 in Baden-Baden geboren, blieb sein Leben immer mit seiner Heimatstadt verbunden. Er ein ausgezeichnete Kenner ihrer reichen, vielseitigen Chronik, über die er in seinen stets interessanten Berichten erzählt. Es ist schwer zu bedauern, daß er nie ein geschlossenes Werk darüber geschrieben hat, doch steht zu hoffen, daß sein Nachlaß manches zutage bringt wird, was verdient, der Vergangenheit entrissen zu werden. Staerk war gemeinsam mit Ivo Pohony für die Werbung der Zigarettenfabrik Batschari tätig, die nicht zuletzt diesen beiden ihren Weltruf verdankt. Mit dem Glanz hat er auch den Untergang erlebt. Er wurde Professor an der Mittelschule, bis ihn eine schwere Krankheit zwang, den Dienst aufzugeben. Seinen Vater, den man stets mit der Zigarre auf der Kurpromenade sah, hat er nur wenige Jahre überlebt.

Streichorchester mit Schlagzeug

Erstaufführung von Blachers Partita

Im Berliner Musikleben der Gegenwart spielt der vielseitige Boris Blacher eine führende Rolle. Er wurde 1903 in China geboren und kam erst mit neunzehn Jahren nach Deutschland. Er war Kompositionsschüler von Friedrich E. Koch, später Student der Musikwissenschaft an der Berliner Universität. Nach Abschluß seiner Ausbildung hat Blacher auf allen Gebieten des musikalischen Schaffens gearbeitet. Er wurde auch als Musikschritsteller bekannt und 1945 als Dozent für Komposition an das Internationale Musikinstitut in Berlin berufen.

Die Partita für Streicher und Schlagzeug, mit der das Sinfonieorchester des Großen Orchesters der Südwestfunks begann, stellt keine großen Anforderungen an die Zuhörer. Das dreisätzige Werk zählt allerdings auch nicht zu Blachers Arbeiten, die durch interessante formale Probleme oder klangliche Eigenarten aufgefallen sind. Die Partita zeichnet sich vor allem durch klare, leicht fällige Melodik, verbindliche Harmonik und vielgestaltige Rhythmik aus. Neben diesen Vorzügen fehlen jedoch jene künstlerischen Werte, die einer Komposition ihr besonderes Gepräge geben. Die wichtigste Instrumentengruppe ist das Streichorchester, das in rhythmischer Hinsicht stellenweise sehr kompliziert gesetzt ist. Das Schlagzeug dagegen hat keine selbständige Aufgabe, sondern gibt nur Akzent und Kolorit.

Goethold Ephraim Lessing nahm sich der Erstausführung mit der zureichenden Sorgfalt an und setzte sich für Blachers Werk geradezu mit Begeisterung ein. Leider entsprach das Orchester nicht immer den Absichten seines Dirigenten und ließ auch in Debussy drei sinfonischen Skizzen „La Mer“ dynamisch und rhythmisch zu wünschen übrig. Es scheint tatsächlich schwierig zu sein, Noten mit allem Drum und Dran richtig zu lesen! Viel Applaus erhielt Ludwig Bus als Solist des Dvorakschen Violinkonzerts, das der junge Geiger mit sicherer Intonation, technischem Können und musikalischem Ausdruck spielte - allerdings noch ohne die souveräne Virtuosität und faszinierende Tongebung, die das Werk verlangt. Gh. Bh.

„Tat und Traum“

Ein beachtenswerter Dichterabend am Mittwoch im Kleinen Bühnensaal

Am kommenden Mittwoch um 20.30 Uhr findet im Kleinen Bühnensaal des Kurhauses ein Dichterabend statt, der in zweifacher Hinsicht besonders beachtenswert ist. Unter dem Leitgedanken „Tat und Traum“ tritt an diesem Abend zum ersten Mal ein junger Kunstschaffender vor die hiesige Öffentlichkeit, der heute hier in Baden-Baden seine Wahlheimat gefunden hat: Wolfgang Lohmeyer. Er ist

28 Jahre alt und kam nach seiner Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft in unsere Stadt. Unsere literarisch interessierten Leser sind seinem Namen und einzelnen, vielversprechenden Gedichten schon in verschiedenen Zeitschriften („Wandlung“, „Die Freiheit“, München, „Der Bismarck“, Bonn) und einer Auswahl seiner Lyrik im vergangenen Herbst im Südwestfunk begegnet.

Eine weitere Anziehungskraft dürften die Künstler des Theaters ausüben, die sich erfreulicher Weise in den Dienst dieser Veranstaltung gestellt haben: Ursula Zache, Alfons Höckmann, Hans Ernst Jäger und Heinz Schmelpeffennig werden lyrische Gedichte, Prosa und durch die Auswahl seiner Lyrik im vergangenen Herbst im Südwestfunk begegnet.

Der Reinerlös dieses Abends fließt auf Wunsch aller Mitwirkenden der Kriegsgefangenenhilfe des Badischen Hilfswerkes zu, noch ein Grund mehr, der Veranstaltung einen besonders guten Besuch zu wünschen.

Neue Theaterleitung in Bader-Baden

Die Stadt Baden-Baden berief am 1. September d. J. an die Theater der Stadt als künstlerischen Leiter Franz Everth, Freiburg/Brs., der damit die Oberleitung der Stadt Bühnen Freiburg und des Baden-Badener Schauspielers übernimmt, und den früheren Heilbronner Intendanten Franz-Joseph Dellus als Direktor.

In Franz Everth erhalten die Theater der Stadt Baden-Baden als künstlerischen Leiter eine Persönlichkeit, die sich durch ihre Tätigkeit an einer ganzen Reihe führender Bühnen einen Namen gemacht hat. Meiningen, Dresden und Berlin waren die ersten Stationen der erfolgreichen Schauspieler-Laufbahn Franz Everths. 1925 wurde er Oberregisseur am Theater in Düsseldorf, folgte dann einem Ruf nach Wien, kam über Zürich, Mannheim und Wiesbaden nach Köln, von wo er im Jahre 1934 als Generalintendant nach Darmstadt berufen wurde. Nach annehmend zwölfjähriger Tätigkeit in Darmstadt übernahm Franz Everth im Jahre 1944 die Leitung des Schauspielers an den Stadt Bühnen Freiburg/Brs.

F. J. Dellus absolvierte 1921, nach dem Universitätsstudium seine Lehrtätigkeit am Leipziger Opernhaus, wurde dann Spielleiter und Dramaturg am Stadt-Theater in Dortmund. 1929 bis 1933 übernahm er als Direktor das Stadt-Theater Auisig. Nach seiner Tätigkeit am Kölner Bühnennachweis wurde er 1938 Intendant des Stadt-Theaters Heilbronn und 1944 in Baden-Baden durch die Ensemble-Gastspiele seiner Heilbronner Bühne bekannt. 1942-44 leitete er das Landestheater in Allenstein.

Eine Broschüre über den Tillessen-Prozeß

Das Journal Officiel du Commandement en Chef Français en Allemagne hat in einer 32 Seiten umfassenden Broschüre den vollständigen Bericht über den Prozeß Tillessen in französischer, englischer und deutscher Sprache veröffentlicht. Diese Broschüre ist bei der Administration du Journal Officiel, Baderstraße 2, Baden-Baden, zum Preise von 40 Pf. das Stück erhältlich. Zahlung bei Bestellung. Briefmarken werden nicht angenommen.

Unsere Welterschau

Eine Tiefdruckstörung, deren Kern gestern früh vor Irland lag, verlagert sich rasch ostwärts weiter. Sie wird ihren Einfluß auch noch auf unser Gebiet ausdehnen.

Aussichten für den Nord- und Südteil der französischen besetzten Zone bis heute abend: Anfangs noch überwiegend heiter, später rasche Bewölkungszunahme, Aufkommen gewittriger Schauer.

